

Mal was zum Schmunzeln

Die viele Kanzlerwitze gibt es denn? Leider keinen Einzigen – es sind alles Tatsachenberichte!

Die Deutsche Post AG hat, um die Verdienste von Gerhard Schröder zu würdigen, eine Briefmarke mit seinem Konterfei herausgebracht. Im täglichen Betrieb zeigte sich allerdings, dass diese Marke nicht auf den Briefen hielt. Die eingesetzte Untersuchungskommission kam nach wenigen Monaten zu folgendem Ergebnis: Die Briefmarke ist völlig in Ordnung. Auch am Kleber gibt es nichts zu bemängeln. Die Kunden spucken auf die falsche Seite ...

Fragt ein Reporter unseren Bundeskanzler: „Wenn man zu Ihnen sagt ‚Rindvieh‘, das ist strafbar, oder?“ Schröder: „Ja, das ist strafbar!“ „Und wenn man zu einem Rindvieh ‚Herr Bundeskanzler‘ sagt, das ist nicht strafbar, oder?“ Schröder: „Nein, das ist nicht strafbar!“ „Auf Wiedersehen, Herr Bundeskanzler!“

Was haben Schröder und eine Christbaumkugel gemeinsam? Beide sind außen glänzend und innen hohl.

Gerhard Schröder und seine Frau Doris fahren im Auto übers Land. Da sehen sie einen Bauern auf der Straße Pferdeäpfel zusammenkehren. Gerhard lässt halten und fragt den Bauern: „Guter Mann, wofür brauchen sie die Pferdeäpfel?“ Antwortet der Bauer: „Die kommen auf die Erdbeeren!“ Sagt Gerhard zu Doris: „Siehste Doris, es muss nicht immer Schlagsahne sein!“

Warum spielen Schröder und seine Genossen nicht in Star Trek mit? Weil der Film von der Zukunft handelt!!!

Gerhard Schröder hat sich schon auf die Strategie für den Wahlkampf 2006 geeinigt. Allerdings ist noch umstritten, welcher Teil von Deutschland diesmal geflutet wird. Aus Gründen der politischen Korrektheit soll angeblich diesmal Hessen bevorzugt werden.

Riesenfete im Karl-Liebknecht-Haus der PDS, Sektorken knallen. Kommt Gregor Gysi rein: „Was ist denn hier los?“ Antwort: „Noch vier Jahre Rot-Grün und wir haben wieder unsere DDR.“

gesehen bei focus-online (dr)

ZELLER: SCHLUSS MIT LUSTIG, HERR WOWEREIT!



Foto: Reitze

Der CDU-Landesvorsitzende Joachim Zeller bei der Sonderaktion im Bürgergespräch

Die Spitzen von Fraktion und Landespartei der Berliner CDU haben ein

nicht mehr weiterführe, so CDU-Landesvorsitzender Joachim Zeller.

Maßnahmenpaket zur Haushaltspolitik für diese Woche beschlossen. Die Berliner Union werde deutlich machen, dass die Politik des Wowerit-Senats gescheitert sei und ein fortgesetztes herumdoktern auf dieser Basis

Joachim Zeller: „Die klügsten Köpfe des Landes machen sich längst Sorgen und Gedanken über die Situation in der Hauptstadt Berlin. Nach dem Urteilsspruch des Verfassungsgerichtshofes muss jetzt sofort der gesammelte Sachverstand aus den Reihen Berlins und der Freunde der Hauptstadt in der gesamten Republik versammelt werden. Der rote Versuch, für zwei weitere Jahre mit einem unhaltba-

ren und erneut verfassungswidrigen Doppelhaushalt ohne Sinn und Verstand die gescheiterte Politik von Wowerit und Sarrazin fortzusetzen, muss gestoppt werden.“ Die CDU hat mit zwei zentralen Standaktionen die Berlinerinnen und Berliner über die Lage informiert. (mw)



Immer weniger in Arbeit

220.000 Arbeitslose mehr als im Oktober des letzten Jahres.

Saisonal zu diesem September ein Rückgang um 0,1 Prozent. Das reicht der Bundesregierung schon, um einen Lichtstreifen am Horizont zu sehen. Doch die Wahrheit ist, es scheint die Spur des Sensenmannes für unsere Sozialsysteme zu sein. Der CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer dazu: „Die statistischen Tricks, mit denen die Bundesregierung die Zahl der Arbeitslosen kleinzurechnen versucht, können über die desolote Lage am Arbeitsmarkt nicht hinwegtäuschen. Tatsache ist, dass die Zahl der Erwerbstätigen immer weiter zu-

rückgeht. **473.000 Menschen sind dank der Politik dieser Bundesregierung weniger in Arbeit als im Vorjahr.** Folge: Immer mehr Steuerausfälle und größere Löcher in den Sozialkassen.“

Selbst die Bundesanstalt für Arbeit stellt daher fest: „Es gibt keine Wende auf dem Arbeitsmarkt.“

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl-Josef Laumann stellt fest: „Vor allem der permanente Rückgang der Beschäftigten erfüllt mich mit großer Sorge. Hier erodiert die wichtigste Grundlage unserer Gesellschaft. Seit genau zwei Jahren

sinkt die Zahl derjenigen, die überhaupt noch einen Job haben. Heute sind weniger Menschen beschäftigt als 1999.“

Er appelliert daher an die Bundesregierung, die konstruktiven CDU-Vorschläge endlich aufzugreifen. Laumann: „Wir müssen gemeinsam zu Lösungen und Veränderungen kommen. Wir brauchen Reformen an Haupt und Gliedern. Von den Steuern über soziale Sicherungssysteme bis hin zum Arbeitsmarkt.“ Laurenz Meyer ergänzt: „Völlig kontraproduktiv ist die Debatte über eine Zwangsabgabe für Unternehmen, die nicht ausbilden.

Dass derzeit noch 40.000 Jugendliche eine Lehrstelle suchen, liegt einzig an der wirtschafts- und mittelstandsfeindlichen Politik der Bundesregierung. Eine Ausbildungsplatzabgabe zur Befriedung der SPD-Linken wird einzig bewirken, dass Unternehmen noch weniger ausbilden und sich durch Zahlung entziehen. Wenn der Kanzler kleinen und mittleren Betriebe helfen und für mehr Lehrstellen sorgen will, dann muss er Bürokratie abbauen, die starren Flächentarife deregulieren, die Abgabenlast senken. Strafzahlungen bewirken nur eins: Dass die Situation im kommenden Jahr noch schlimmer wird.“ (dr)

Angela Merkel zum 9. November Schicksalhafteres Datum für unser Land



Der 9. November ist ein schicksalhafteres Datum für unser Land. Wie kaum ein anderer Tag vereint er Leid, Freude und Aufbruch des deutschen Volkes.

So mahnt uns dieser Tag, der Opfer von zwei Diktaturen und staatlichem Terror zu gedenken.

Die CDU Deutschlands gedenkt der Opfer des 9. November 1938. Das damals begangene Unrecht ist einzigartig in der Menschheitsgeschichte und

mit keinem anderen historischen Ereignis vergleichbar.

Zugleich gedenken wir der Opfer, die in der Hoffnung auf Freiheit und Menschenwürde im Todesstreifen zwischen Ost und West ermordet wurden. Erst mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 fand dieses Unrecht ein Ende.

In Erinnerung an diesen Schicksalstag der Deutschen lautet die historische Lehre: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Sie ist verbrieft und in unserem Grundgesetz verankert. Die politische Lehre dieses Tages beinhaltet die Verpflichtung, alles zu tun, damit Radikale und

Extremisten nie wieder Einfluss auf die Politik unseres Landes nehmen können.

Die Einheit unseres Vaterlandes und die freiheitlich rechtsstaatliche Grundordnung für alle Deutschen nahmen am 9. November 1989 ihren Anfang. Dieser Tag markiert den Beginn einer neuen Ära. Er steht symbolhaft für die Faszination der Freiheit sowie die Überwindung von Kommunismus und Diktatur in ganz Europa. Mit diesem Datum verbindet sich die Hoffnung aller Menschen, die auch heute noch gegen Unfreiheit, Unterdrückung und Missachtung der Menschenrechte ankämpfen.